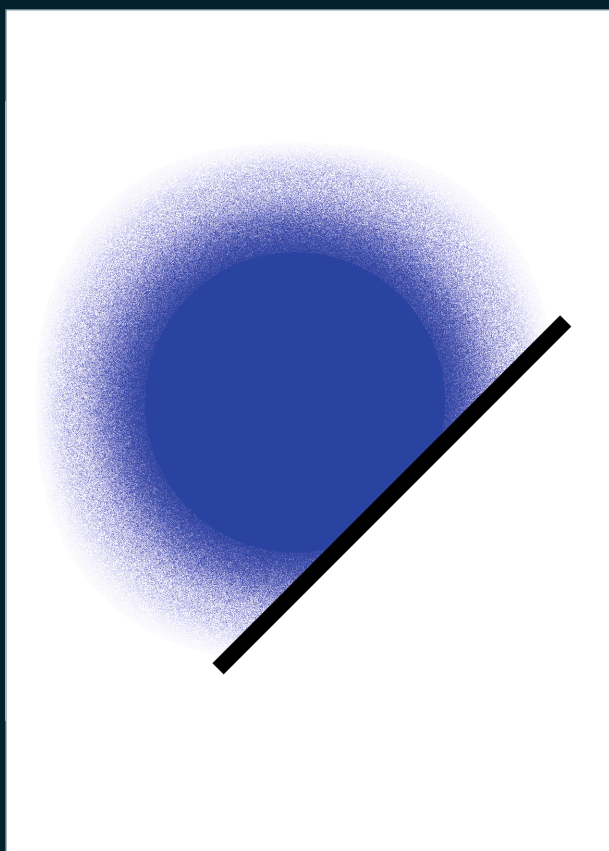


Daniel Keil | Jens Wissel [Hrsg.]

Staatsprojekt Europa

Eine staatsrechtliche Perspektive
auf die Europäische Union

STAATSVERSTÄNDNISSE



Nomos

Wissenschaftlicher Beirat:

Klaus von Beyme, Heidelberg

Horst Bredekamp, Berlin

Norbert Campagna, Luxemburg

Wolfgang Kersting, Kiel

Herfried Münkler, Berlin

Henning Ottmann, München

Walter Pauly, Jena

Volker Reinhardt, Fribourg

Tine Stein, Göttingen

Kazuhiro Takii, Kyoto

Pedro Hermilio Villas Bôas Castelo Branco, Rio de Janeiro

Loïc Wacquant, Berkeley

Barbara Zehnpfennig, Passau

Staatsverständnisse

herausgegeben von

Rüdiger Voigt

Volume 137

Daniel Keil | Jens Wissel [Hrsg.]

Staatsprojekt Europa

Eine staatsrechtliche Perspektive
auf die Europäische Union



Nomos

© Titelbild: Felix Nickel

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5963-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-0090-0 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Das Staatsverständnis hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder grundlegend gewandelt. Wir sind Zeugen einer Entwicklung, an deren Ende die Auflösung der uns bekannten Form des territorial definierten Nationalstaates zu stehen scheint. Denn die Globalisierung führt nicht nur zu ökonomischen und technischen Veränderungen, sondern sie hat vor allem auch Auswirkungen auf die Staatlichkeit. Ob die »Entgrenzung der Staatenwelt« jemals zu einem Weltstaat führen wird, ist allerdings zweifelhaft. Umso interessanter sind die Theorien der Staatsdenker, deren Modelle und Theorien, aber auch Utopien, uns Einblick in den Prozess der Entstehung und des Wandels von Staatsverständnissen geben, einen Wandel, der nicht mit der Globalisierung begonnen hat und nicht mit ihr enden wird.

Auf die Staatsideen von Platon und Aristoteles, auf denen alle Überlegungen über den Staat basieren, wird unter dem Leitthema »Wiederaneignung der Klassiker« immer wieder zurück zu kommen sein. Der Schwerpunkt der in der Reihe *Staatsverständnisse* veröffentlichten Arbeiten liegt allerdings auf den neuzeitlichen Ideen vom Staat. Dieses Spektrum reicht von dem Altmeister *Niccolò Machiavelli*, der wie kein Anderer den engen Zusammenhang zwischen Staatstheorie und Staatspraxis verkörpert, über *Thomas Hobbes*, den Vater des Leviathan, bis hin zu *Karl Marx*, den sicher einflussreichsten Staatsdenker der Neuzeit, und schließlich zu den Weimarer Staatstheoretikern *Carl Schmitt*, *Hans Kelsen* und *Hermann Heller* und weiter zu den zeitgenössischen Theoretikern.

Nicht nur die Verfälschung der Marxschen Ideen zu einer marxistischen Ideologie, die einen repressiven Staatsapparat rechtfertigen sollte, macht deutlich, dass Theorie und Praxis des Staates nicht auf Dauer von einander zu trennen sind. Auch die Verstrickungen Carl Schmitts in die nationalsozialistischen Machenschaften, die heute sein Bild als führender Staatsdenker seiner Epoche trüben, weisen in diese Richtung. Auf eine Analyse moderner Staatspraxis kann daher in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden.

Was ergibt sich daraus für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates im Sinne einer modernen Staatswissenschaft? Die Reihe ***Staatsverständnisse*** richtet sich mit dieser Fragestellung nicht nur an (politische) Philosophen, sondern vor allem auch an Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften. In den Beiträgen wird daher zum einen der Anschluss an den allgemeinen Diskurs hergestellt, zum anderen werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse in klarer und aussagekräftiger Sprache – mit dem Mut zur Pointierung – vorgetragen. So wird auch der / die Studierende unmittelbar in die Problematik des Staatsdenkens eingeführt.

Prof. Dr. Rüdiger Voigt

Inhaltsverzeichnis

Daniel Keil und Jens Wissel

Staatsprojekt Europa: Einleitung 9

I. Grundlegende Bestimmungen

Hauke Brunkhorst

Die verdrängte koloniale Vergangenheit 19

Jens Wissel

Staatsprojekt Europa in Zeiten von Krise und gesellschaftlicher
Desintegration 41

Stefanie Wöhl

Die geschlechtsspezifischen Selektivitäten des Europäischen
„Staatsprojektes“ 61

II. Europäische Union und die Krise der Demokratie

John Kannankulam

Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Zur Aktualität des Autoritären
Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“ 83

Elisabeth Klatzer und Christa Schlager

HERRschaft herstellen: die geschlechterpolitischen Kosten des Umbaus
der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU als Kern eines maskulin-
autoritären Herrschaftsprojektes 97

Hans-Jürgen Bieling

Europäische Integration und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung 117

Moritz Elliesen, Nicholas Henkel, Sophie Kempe

Ziemlich beste Feinde: Fidesz und die EU. Zur Entwicklung eines
ambivalenten Verhältnisses 137

Felix Syrovatka und Etienne Schneider

Ein stotternder Motor. Der blockierte deutsch-französische Bilateralismus
in der Debatte um die Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion 159

III. Grenzziehungen

Daniel Keil

Identitätsfragen. Nationale und europäische Identität in der Krise 185

Fabian Georgi

Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011 205

Lukas Oberndorfer

Grenze, innere Sicherheit, Rüstung – Von der Krise zum Europäischen Ensemble repressiver Staatsapparate? 229

Autor*innenangaben 253

Staatsprojekt Europa: Einleitung

Als im Mai 2019 die Wahlen zum europäischen Parlament anstanden, wurden sie zu einer Schicksalswahl stilisiert, mit der über das Projekt Europa entschieden werde. Vor allem das europaweite Erstarken der Rechten, gemeinhin und oft reduktiv europaskeptisch bis -feindlich eingeordnet, und die Ankündigung insbesondere der italienischen Lega und der AfD, eine neue große vereinte rechte Fraktion zu gründen, riefen Sorgen hervor. Diese Sorgen, insbesondere der Parteien aus dem Zentrum, waren zwar größtenteils dem Verlust der Mehrheit der informellen großen Koalition aus EVP und S&D im Europaparlament geschuldet, nichtsdestotrotz markiert die Wahl 2019 einen großen Einschnitt und eine starke Veränderung. Die rechten Parteien sind nicht nur im Europaparlament stärker geworden, sondern mittlerweile in mehreren Mitgliedsländern der EU an der Regierung beteiligt oder stellen diese gar. An diesen Veränderungen der Parteienlandschaft und der Kräfteverhältnisse in den Parlamenten zeigen sich tiefergehende Krisenprozesse, die häufiger als Legitimitätskrise der EU aufgefasst werden und die sich auch als Verblässen des lange Zeit funktionierenden Zukunfts- und Fortschrittsnarrativs bemerkbar machen. Die EU-Kommission versuchte zur Europawahl, nicht zuletzt in den sozialen Medien, dieses alte Zukunfts- und Fortschrittsnarrativ zur Geltung zu bringen. In einem Tweet, der exemplarisch für die Öffentlichkeitsarbeit in der Zeit unmittelbar vor der Wahl steht, wird die EU unter anderem mit Frieden, Klimaschutz, Gleichheit, Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie gleichgesetzt.¹

Verfolgte man diese Aktivitäten wirkten sie wie ein verzweifelter Versuch, mit dem alten Narrativ die Legitimität des herrschenden Machtgefüges der EU zu retten und die mehr und mehr schwindende Potentialität zur inneren Kohärenz des europäischen Projekts zu beschwören. Der institutionelle Ausschluss anderer Krisenbearbeitungen als derjenigen durch Schuldenbremse und Austeritätspolitik sowie neoliberaler Wettbewerbspolitik durch eine „Überkonstitutionalisierung“² der EU, in der zentrale wirtschaftspolitische Fragen und Maßnahmen der politischen Entscheidung entzogen sind, zeigen, dass das alte Narrativ nicht kongruent zur tatsächlichen Verfassung der EU ist. Begreift man die EU als ein Staatsprojekt im Werden, das noch kein Staat ist und vielleicht auch nie einer wird,³ dann zeigt die konstitutionelle Fest-

1 https://twitter.com/EU_Commission/status/1131938970512830465; letzter Zugriff: 10.06.2019.

2 Grimm 2015.

3 Vgl. Wissel 2015.

schreibung einer bestimmten Politik, dass es immer weniger gelingt über die Organisation von gesellschaftlichem Konsens die disparaten und fragmentierten Apparate in einen kohärenten Zusammenhang zu bringen und ihnen Legitimität zu verschaffen. Hier zeigt sich nicht nur eine autoritäre Tendenz in der Entwicklung der europäischen Institutionen, die spätestens seit der Griechenland-Krise und den folgenden finanzpolitischen Paketen offensichtlich wurde, sondern auch die Widersprüchlichkeit der Integration. Ging mit der negativen Integration durch Wettbewerb und Marktvereinigung durchaus auch mal das Möglichkeitsfenster für Elemente einer positiven Integration sozialer und politischer Institutionen auf, so ist nunmehr das Übergewicht der negativen Integration nahezu erdrückend geworden. Nicht zuletzt lässt sich dies auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Mitgliedsstaaten und hierbei auf die dominante Position Deutschlands zurückführen. Diese Dominanz ist nicht unhinterfragt, sondern führt in anderen Politikfeldern auch zu Verwerfungen und Rissen, was sich u.a. in den Auseinandersetzungen um die Posten der EU-Kommission nach der Europawahl im Mai 2019 zeigte.

Gemeinhin wird die Europäische Union nicht aus einer staatsrechtlichen Perspektive betrachtet, wenn dann eher aus einer staatsrechtlichen. Zwar konnte vor dem gescheiterten Verfassungsvertrag, durchaus beobachtet werden, dass vermehrt wieder nach der staatsähnlichen Verfasstheit der EU gefragt wurde. Spätestens seit dem gescheiterten Verfassungsvertrag werden allerdings im Kontext der EU Begriffe, die auf einen entstehenden Staat verweisen könnten strikt vermieden. Und auch im Vertrag von Lissabon sind alle Verweise, die auf eine Verfassung hindeuten könnten gestrichen worden.

In den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen wird die EU oft als eine neue Form thematisiert, die weder Staat noch internationale Organisation, noch internationaler Vertrag ist. Insbesondere der Governance-Ansatz thematisiert die Europäische Union als eine überlegene und dezentralisierte Form der Verwaltung. Fragen nach Herrschaft und Machtverhältnissen bleichen ausgeblendet und werden ersetzt durch die Frage nach ‚best practices‘.

Die aktuellen Krisen- und Desintegrationsprozesse können so nicht angemessen begriffen werden, sie erscheinen vielmehr als entweder externe Funktionsstörungen, wie im Fall der Finanzkrise, oder als irrationale Entwicklungen, die auf eine fehlende Vermittlung der Vorteile des Integrationsprozesses zurückzuführen sind, oder auf eine mangelnde demokratische Verankerung der Europäischen Union. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge bleiben weitgehend ausgeblendet, sodass auch übersehen wird, dass die letzten vierzig Jahre neoliberaler Dominanz einen Prozess eingeleitet haben, der nicht nur die Europäische Integration betrifft, sondern auch ihre Mitgliedsstaaten. Die Tatsache, dass in den Politikwissenschaften seit vielen Jahren eine Entwicklung beobachtet wird, in der Politik zu einem Problem von Verwaltung und Expert*innen umgedeutet und damit der demokratischen Entscheidung entzogen

wird, bleibt unbeachtet, oder wird affirmiert. Die technokratische Perspektive krankt, so Renate Mayntz, an einem „Problemlösungsbias“, der dazu führt, dass „Macht nur im Kontext der Formulierung und Durchsetzung von Problemlösungen behandelt wird und nicht als politisches Handlungsziel.“⁴

Ein gesellschaftskritischer staatstheoretischer Ansatz, wie er in dem vorliegenden Band vorgestellt wird, nimmt die Europäische Union aus einer anderen Perspektive in den Blick. Er stellt zunächst den gesellschaftlichen Zusammenhang her und fragt nach der Veränderung von Herrschaft. Hierzu gehört auch die Frage nach dem emanzipatorischen oder auch demokratischen Potenzial gesellschaftlicher Entwicklungen. Staat, Politik und Herrschaft im Allgemeinen werden nicht als geschlossene Systeme betrachtet, vielmehr werden die Zusammenhänge von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen hergestellt und damit Machtverhältnisse offengelegt. Eine kritische Gesellschaftsanalyse geht daher auch nicht davon aus, dass die gegenwärtige Situation so zu fassen sei, dass eine vormals gut funktionierende Demokratie nun durch ökonomische Prozesse quasi von außen in die Krise gestürzt wurde, und es nunmehr um die Wiederherstellung der verlorenen Bedingungen gehe.⁵ Vielmehr muss es darum gehen, die historische Konstellation, die staatliche Herrschaft ermöglicht und deren Ausformung zugrunde liegt, begrifflich zu fassen. Gesellschaften, „in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht“,⁶ sind immer von pluralen bis antagonistischen Interessen durchzogen, deren Widersprüche in der politischen Form⁷ prozessierbar gemacht, aber nicht aufgelöst, werden können. Insofern hängt auch das Funktionieren wie die Stabilität dieser Prozesse von vielen Faktoren ab, die durch monokausale Erklärungen oder eine einfache Verfallserzählung nicht gefasst werden können.

Wie alle gesellschaftlichen Prozesse sind auch die aktuellen Krisenprozesse multikausal. Sie sind zu suchen in historischen, gesellschaftlichen und institutionellen Prozessen und Konstellationen, die die Bevölkerungen von den politischen Entscheidungszentren distanzieren (Teil 1 des Bandes), in Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und einem Abbau sozialpolitischer Errungenschaften und einer daraus folgenden Zunahme von Ungleichheitsverhältnissen (Teil 2), sowie in Prozessen, in denen versucht wird in der politischen Krise neue/alte Identitäten zu schaffen und eine Renationalisierung der Gesellschaften voranzutreiben. Die gegenwärtigen Krisenprozesse zeigen auch deutlich, wie tief verankert die He-

4 Mayntz 2009, 34.

5 Stephan Lessenich kritisiert zurecht die derzeit in den demokratietheoretischen Debatten zu beobachtende Tendenz, die Krise als Verfallsgeschichte zu deuten. Die Literatur neige dabei zu einer „retrospektiven Überhöhung, wenn nicht gar Idealisierung der politisch-sozialen Verhältnisse im »golden age« des Fordismus“. (Lessenich 2019, 122).

6 Marx 1867, 49.

7 Vgl. Hirsch 1994.

gemonie von Grenzen und nationalem Bewusstsein trotz aller Transnationalisierungsprozesse noch ist (Teil 3).

Diese drei Felder gesellschaftlicher Entwicklung und Auseinandersetzungen werden in dem vorliegenden Band untersucht und mit der Entwicklung der Europäischen Union in Beziehung gesetzt. Zum Vorschein kommt eine Konstellation, die als eine Vielfachkrise zu bezeichnen ist. Die ökonomische Krise ist nicht gelöst worden, vielmehr hat sich eine politische Krise entwickelt, in der die Legitimationsquellen der bisherigen gesellschaftlichen Konstitution langsam versiegen. Damit sind auch die neoliberalen Leitbilder, die alle gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten vierzig Jahren dominiert haben, in der Krise. Wachsende Ungleichheiten in Europa verstärken diese Krisenprozesse noch. Flankiert wird dies von verstärkten Auseinandersetzungen um Geschlechterverhältnisse – nicht zufällig sind „gender mainstreaming“ und „Genderismus“ zentrale Angriffsziele rechtspopulistischer und neurechter Kräfte. Die Vielschichtigkeit von Krisenprozessen hat sich nicht zuletzt auch in der europäischen Migrationspolitik gezeigt. Dort wurde offenbar wie verschiedene historische Entwicklungspfade in einer Krise kulminieren und gleichzeitig wie Subalterne in solchen Prozessen auch um ihre Handlungsfähigkeit und Alternativen von unten kämpfen. Die Krisenprozesse werden allerdings derzeit von gesellschaftlichen Kämpfen und ihrer zumeist dominant-repressiven Bearbeitung verstärkt. Die Europäische Union befindet sich daher tatsächlich an einem Scheideweg.⁸ Es ist derzeit fraglich, ob es zu einer Fortführung des Integrationsprozesses kommen wird und das aktuelle neoliberale Staatsprojekt Europa stabilisiert werden kann. Möglich wäre auch die Herausbildung eines neuen Staatsprojektes, das mit einer anderen Ausrichtung eine Kohärenz der multiskalaren europäischen Staatlichkeit herstellen kann, oder ein Zerfall der Europäischen Union. Auch die aktuelle Krise macht deutlich, dass gesellschaftliche Krisenprozesse politische und staatliche Institutionalisierungsprozesse nicht unberührt lassen.

Trotz erstarkter rechtspopulistischer und neurechter Kräfte in vielen Mitgliedsstaaten und im Europaparlament, und trotz der inneren Machtverhältnisse, ist der Ausgang der Vielfachkrise noch immer offen und bleibt abhängig vom weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Kämpfe. Die Bedingungen dieser Kämpfe, die (wie auch immer) staatliche Konstitution der Europäischen Union, werden von den Beiträgen in diesem Band dargestellt.

8 Siehe z.B. *Offe* 2016, 13; *Wolff* 2015; *Brunkhorst/Gaitanides/Grözinger* 2015; *Kregel* 2015.

Der vorliegende Band ist, wie schon angedeutet, in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil geht es um grundlegende Kontextualisierungen und theoretische Bestimmung der Europäischen Union.

Im ersten Beitrag des Bandes erinnert *Hauke Brunkhorst* an die verdrängte koloniale Vergangenheit Europas. Diese betrifft keineswegs nur die Zeit vor dem europäischen Integrationsprozess, bis heute gehören Restbestände der alten Kolonialreiche zur Europäischen Union. Zudem zeigt Brunkhorst wie die verdrängte Kolonialgeschichte Europas heute in „den Körpern, die sich zu hunderttausenden von Grenze zu Grenze schleppen und sich Tag um Tag zu hunderten in winzige, seeuntüchtige Boote drängen, nach Europa“ zurückkehrt. Die europäische Kolonialgeschichte prägt nicht nur die heutige Gewalt in Afrika, sie prägt auch den europäischen Blick auf das nichteuropäische Außen. Der Verstoß gegen bindende Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen, gegen nationales Recht und gegen Europarecht an den Grenzen Europas ist in diesem Kontext zu sehen und verweist auf den postkolonialen Zusammenhang europäischer Institutionalisierung.

Jens Wissel führt den Begriff des Staatsprojekts Europa ein und verortet ihn in einer staatstheoretischen Debatte, die sich an Gramsci⁹, Poulantzas¹⁰ und Hirsch¹¹ orientiert. Der Begriff ermöglicht es die europäische Integration als einen dynamischen Prozess zu fassen, in dem Institutionen, wie etwa die EZB, entstehen, die bisher nur in nationalstaatlichen Kontexten entstanden sind ohne von einem ausgeprägten Staat ausgehen zu müssen. Er richtet zudem den Blick auf die gesellschaftlichen Kräfte, die hinter diesen Prozessen stehen.

Stefanie Wöhl untersucht in ihrem Beitrag die maskulinistische Struktur der Europäischen Union und fragt nach der geschlechterspezifischen Selektivität des europäischen Staatsapparate-Ensembles. Sie identifiziert unterschiedliche Phasen der geschlechterpolitischen Regulierungen und zeigt die Ambivalenzen in der europäischen Geschlechterpolitik auf. Konstatiert wird eine Entwicklung, in der die Gleichstellungspolitik seit der Finanzkrise 2008 wieder ins Hintertreffen gerät.

Im Zweiten Teil des Bandes geht es insbesondere um die Veränderungen, die mit der Finanz- und später Eurokrise eingesetzt haben. *John Kannankulam* erörtert in seinem Beitrag die Krisenprozesse des Staatsprojekts Europa und fragt nach den veränderten Kräfteverhältnissen und nach den Folgen der Transformation. Er sieht einen Prozess der Entdemokratisierung, der mit dem von Nicos Poulantzas geprägten Begriff des Autoritären Etatismus gefasst werden kann.

9 Band 11 in der Reihe Staatsverständnisse.

10 Band 30 in der Reihe Staatsverständnisse.

11 Band 113 in der Reihe Staatsverständnisse.

Elisabeth Klatzer und *Christa Schlager* zeigen in ihrem Beitrag, wie die Finanzkrise und die europäische Krisenreaktion auf die Geschlechterverhältnisse wirken und wie ungleich die Kosten der Krise verteilt sind. Sie sehen einen in der Krise verstärkten maskulinistisch-autoritären Umbau der Europäischen Union.

Hans-Jürgen Bieling beschäftigt mit der sozialpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung im Kontext des europäischen Integrationsprozesses. Dabei stellt er eine zunehmend dispartite und ungleichzeitige Entwicklung fest. Wohlfahrtsstaatliche Politik gerate von zwei Seiten unter Druck, zum einen durch eine Zunahme des grenzüberschreitenden Wettbewerbs und zum anderen durch populistisch-nationalistische Diskurse.

Der Beitrag von *Moritz Elliesen*, *Nicholas Henkel* und *Sophie Kempe* beleuchtet das komplexe Verhältnis von Ungarn zur EU und die besondere Problematik der autoritären Entwicklung in Ungarn. Das Verhältnis der Fidesz-Regierung unter Orban zur EU erweist sich, trotz aller antieuropäischen Rhetorik, als höchst ambivalent. Dies wird anhand der Bedeutung der EU in der Entwicklung der ungarischen Ökonomie deutlich gemacht.

Abgeschlossen wird der zweite Teil von einem Beitrag von *Felix Syrovatka* und *Etienne Schneider*, der das Verhältnis von Deutschland und Frankreich und dessen Bedeutung für die (Krise der) Integration untersucht. Deutlich wird hierbei die Diskrepanz zwischen den französischen und deutschen Vorstellungen über die weitere Entwicklung der EU wie auch die Dominanz Deutschlands gegenüber Frankreich. Nicht zuletzt führen Schwierigkeiten in diesem Verhältnis zur Blockade einer vertieften Integration und damit zu einer weiteren Verschleppung der Krise.

Der dritte Teil bearbeitet identitätspolitische und materielle Abgrenzungen der EU. *Daniel Keil* entwickelt auf einer basalen theoretischen Ebene ein staatstheoretisches Gerüst, mit dem Entwicklungen der europäischen Identität gefasst werden können. Damit wird eine Perspektive geschaffen, die es ermöglicht, Fragen nationaler und europäischer Identität, die sonst in staatstheoretischen Ansätzen eher ausgeblendet werden, zu erfassen und ihre Bedeutung für staatliche Entwicklungen hervorzuheben.

Fabian Georgi leistet mit seinem Beitrag eine Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Frage um die Transformationen des europäischen Grenzregimes in der Krise. Er arbeitet die Akteure, ihre Positionen sowie deren Bedeutung heraus.

Den Abschluss bildet der Text von *Lukas Oberndorfer*, der im Anschluss an die Diagnose einer Hegemoniekrise die Bedeutung eines europäischen Sicherheitsregimes in den Versuchen ihrer Überwindung herausarbeitet. Er stellt daher die Frage, ob die fehlende Kohärenz und Einbindung subalternen Interesses durch die Emergenz eines vereinheitlichenden repressiven Ensembles ersetzt werden könnte.

Dieser Band wäre nicht möglich gewesen ohne die Arbeit der Autor*innen, denen wir für ihre Beiträge herzlich danken. Bedanken möchten wir uns auch beim Nomos-Verlag und Beate Bernstein sowie bei Rüdiger Voigt, der den Band angeregt hat. Für die Graphik auf dem Einband bedanken wir uns bei Felix Nickel.

Literatur

- Brunkhorst, Hauke/Gaitanides, Charlotte/Grözinger, Gerd* (Hrsg.) 2015: Europe at a Crossroad. From Currency Union to Political and Economic Governance? Baden-Baden.
- Grimm, Dieter* 2015: Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union. In: *Leviathan*, 43. Jg., 3/2015, 325 – 338.
- Hirsch, Joachim* 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, Josef/ Görg, Christoph/ders. (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulations- theorie, Hamburg. 157-211.
- Kregel, Jan* 2015: Europe at the Crossroads: Financial Fragility and the Survival of the Single Currency, in: Policy Note 2015/1, Levy Economics Institute of Bard College, online: http://www.levyinstitute.org/pubs/pn_15_1.pdf, rev. 12.01.18.
- Lessenich, Stephan* 2019: Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenz-über- schreitungen im Wohlfahrtskapitalismus, in: Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Herausge- geben von Hanna Ketterer und Karina Becker. Suhrkamp. 121-138.
- Marx, Karl* 1867: Das Kapital. Bd.1. In: Marx-Engels-Werke Bd.23, Berlin.
- Mayntz, Renate* 2009: Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive, in: Dies. (Hrsg.): Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung. Frankfurt a.M. 29-40.
- Offe, Claus* 2016: Europa in der Falle, Berlin.
- Wissel, Jens* 2015: Staatsprojekt Europa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union. Münster.
- Wolff, Sarah* 2015: Migration and Refugee Governance in the Mediterranean: Europe and In- ternational Organisations at a Crossroads, IAI Working Papers 15, in: <https://qmro.qmul.ac.uk/xmlui/bitstream/handle/123456789/9485/Wolff%20Migration%20and%20Refugee%20Governance%202015%20Published.pdf?sequence=1> (zugegriffen am 12.01.18).

I.

Grundlegende Bestimmungen

Die verdrängte koloniale Vergangenheit

“All Europe contributed to the making of Kurtz.” (Josef Conrad)¹

I

Im Fußball spiegelt sich die Weltgesellschaft. Verdienen die Profis der englischen Premier League 1985 gerade mal doppelt so viel wie der durchschnittliche Fan, so verdienen sie jetzt das 200-fache.² Mit den Spielergehältern stiegen die Eintrittspreise, die alten Fans konnten ihnen nicht mehr folgen, resignierten, blieben weg, und die Fankurve füllte sich mit denen, die besser verdienen und noch rassistischer sind. Vor den Stadien dasselbe Bild. Das schlechte Viertel, das den Eintritt in die neue Gesellschaft nicht mehr zahlen kann, versinkt in politischer Apathie, Alkohol und Drogenstrich. Die Wahlbeteiligung sinkt unter 30%, während sie im guten Viertel auf über 90% steigt und die Illusion erzeugt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.³ Und wenn der Fortschritt wieder einmal größer aussieht als er ist, bleibt immer noch der Geldbeutel. Naturgemäß, wie es einer Marktwirtschaft entspricht, die im ewigen Wettbewerb der Evolution begründet ist, rücken die Parteien der Linken, die ihre Wähler verlieren, von Wahl zu Wahl weiter nach rechts.

Die *soziale* erzeugt *politische Ungleichheit*. Die großen feministischen und multi-kulturellen Errungenschaften, die uralte Herrschaftsverhältnisse zerstört haben, verlieren ihren „fairen Wert“ (Rawls), kann doch die arbeitslose, jüdische, lesbische und vorbestrafte Schwarze die „Bluturige“ (Marx) des heimatlichen Ghettos nicht mehr verlassen, in dem sie allen nur erdenklichen, antisemitischen, homophoben und misogynen Vorurteilen ebenso schutzlos ausgeliefert ist wie dem Sexismus und der Gewalt von Polizei und Männerbanden.

Wenn in Wahlkämpfen dann nur noch *technische* Alternativen verschiedener mikroökonomischer Strategien der Anpassung an den Weltmarkt, aber keine *politischen* zur neoliberalen Makroökonomie mehr wählbar sind, gibt es keine Demokra-

1 Kurtz ist der fiktive koloniale Herrscher in *Conrad*, Heart of Darkness, critical edition, New York: Norton 2005, hier: 62. Francis Coppola hat die berühmte Novelle nach Vietnam verlegt und mit dem alternden Marlon Brando als Kurtz verfilmt: Apokalypse Now, USA 1969.

2 Allen/Hodson 2017.

3 Schäfer 2015; Merkel 2014.

tie mehr.⁴ Was marktkonforme, an den Weltmarkt angepasste Demokratie bedeutet, hat keiner genauer benannt als der langjährige Präsident der Amerikanischen Federal Reserve Bank, Alan Greenspan. Als der Züricher Tages-Anzeiger ihn im September 2007 fragte, welchen Kandidaten er bei den kommenden Wahlen unterstützen würde, Obama oder McCain, antwortete er: „(We) are fortunate that, thanks to globalization, policy decisions in the US have been largely replaced by global market forces. National security aside, it hardly makes any difference who will be the next president. The world is governed by market forces.”⁵ Zwei Jahre zuvor hatte der Britische Premierminister Tony Blair alle Versuche der linken Fraktion seiner Partei, technische in politische und praktische Fragen änderbarer Gesellschaftsverhältnisse zurück zu verwandeln, mit dem ebenso klassischen Argument blockiert, „I hear people say we have to stop and debate globalisation. You might as well debate whether autumn should follow summer.”⁶

Die naturrechtliche Herkunft des Arguments aus der liberalen politischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts hatte schon Peter Sellers in Hal Ashbys Film *Being There* von 1979, als der neoliberale Wahn losging, in der Rolle des Mr. Chance erinnert. Mr. Chance war soeben zum führenden Wirtschaftsberater des US-Präsidenten aufgestiegenen, ein einfältigen Gärtner, der sein Leben lang den Garten reicher Erben gepflegt und seine Freizeit mit Fernsehen verbracht, aber nie eine Schule besucht hat und weder lesen noch schreiben kann. Die Spielfilmszene mit Präsident, Mr. Chance und dem neoliberalen Finanzmogul Ben eröffnet der von Niedrigwachstum geplagte Präsident mit einer Bemerkung, die noch von Richard Nixons berühmtem, von Milton Friedman kolportiertem Credo: „We are all Keynesians now“ geprägt ist. „Do you think that we can stimulate growth through temporary incentives?“ Die an ihn gerichtete Frage beantwortet Mr. Chance langsam und bedächtig: „In the garden, growth has its season. First comes spring and summer, but then we have fall and winter. And then we get spring and summer again.“ Der alte Finanzmogul erklärt dem zweifelnd in die Runde blickenden Präsidenten dann die Bedeutung des Orakels für die Wirtschaftspolitik: „I think, what our insightful young friend is saying is that we welcome the inevitable seasons of nature, but we are upset by the seasons of our economy.“ Darauf Mr. Chance: „Yes, there will be growth in the spring.“ Mit der Zustimmung des Präsidenten und dem Applaus des Finanzmoguls endet die Szene.⁷ Der in die von der Panik politischer Grundsatzdebatten entlastete Weg in die marktkonforme Demokratie war frei.

Schon im selben Jahr 1979, auf dem Höhepunkt der vom Westen massiv unterstützten, blutigen Diktatur des Generals Pinochet in Chile hatte Jaime Guzmán, der

4 Scharpf 2017.

5 Greenspan 2007.

6 Blair 2005.

7 *Being There*, USA 1979, Regie Hal Ashby, Dialog zit. der dt. Synchronfassung. YouTube <https://www.youtube.com/watch?v=0j22kwE1e4k&t=74s> (zugegriffen 31.12.2018).

Architekt der Diktaturverfassung von 1980 – sie ist inzwischen mehrfach geändert worden, aber im neoliberalen Kern, der Staatseingriffe nur post festum erlaubt, immer noch unverändert in Kraft – deren große konstitutionelle Innovation damit erklärt, dass sie die Herrschaft einer rechten, weltmarktkonformen Regierung auch dann auf Dauer stelle, wenn nach der Diktatur das allgemeine Wahlrecht nicht mehr unterdrückt und die übrigen politischen Rechte nicht mehr mit Füßen getreten werden. Damit hatte Guzmán unter den günstigen Bedingungen der Diktatur einen alten Traum des bedeutendsten Ökonomen des Ordo- und Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, verwirklicht.⁸ Die Verfassung, so führt Guzmán aus, müsse sicherstellen, dass, wenn eine linke Regierung an die Macht komme, sie zu einer Politik genötigt werde, die nicht weit von der vorherigen Politik der Rechten abweiche. Eine Verfassung, die auf Wahlen zwischen verschiedenen Parteien beruht, müsse sicherstellen, dass der Spielraum für Alternativen von vornherein möglichst klein gehalten wird, um eine linke Politik praktisch unmöglich zu machen.⁹

Eine solche Verfassungsreform, wie sie für die gegenwärtige Verfassung der Europäischen Union ebenso charakteristisch ist wie für diejenige Chiles, aber auch die der USA (Gerrymandering etc.) und die Verfassungsänderungen von Regimen (Ungarn, Polen, Brasilien etc.), die sich selbst als illiberale Demokratien bezeichnen, aber im selben Atemzug Regime eines autoritären Liberalismus sind, ist Teil eines neuartigen, global vernetzten Verfassungsregimes, in dem das öffentliche internationale Recht (globaler Konstitutionalismus) immer stärker verfassungsartigen Privatrechtsregimen und entsprechenden Mischformen einer globalen Wirtschaftsverfassung weicht. Diese Verfassung stellt den Vorrang der Märkte vor der Demokratie sicher und führt dazu, dass die ungleiche Ausgangsbedingungen infolge der für alle gleichen Regeln des Wettbewerbs immer ungleicher werden. Deshalb ist es kein Zufall, dass nicht nur der starke westliche Sozialstaat infolge wachsender sozialer Ungleichheit immer schwächer wird, sondern die ohnehin größere soziale Ungleichheit zwischen Nord- und Südkontinenten viel schneller wächst als die im Innern des nördlichen und nordwestlichen Weltsegments.

Das „schimmernde Elend“ (Kant) der Shoppingmalls zeigt in der Libyschen Wüste, auf dem offenen Meer und in den Lagern an unserer Südgrenze sein schimmerloses Schreckensgesicht. In der zum Abschiebegefängnis umfunktionierten Geflüchtenunterkunft Moria auf Lesbos opfert die Europäische Union das, wofür sie einst stehen wollte. Der „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“¹⁰, in dem „die Grundrechte (...) geachtet“,¹¹ das internationale „Recht auf Asyl“¹² und die „Einhal-

8 Hayek 2003, 49, 97ff, 127ff, 411ff.

9 Guzmán 1979, 19. Ich danke Rafael Alvear (e-mail v. 28.12.2018) für den Hinweis auf dieses Zitat und den immer noch gültigen Kern der Diktaturverfassung (e-mail v. 31.12.2018).

10 Art. 4 AEUV.

11 Art. 67 AEUV.

12 Art. 18 Grundrechtecharta.

tung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung“ gewährleistet,¹³ „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ „verhütet und bekämpft“ werden,¹⁴ wird in dem sanitär und medizinisch unterversorgten, vollkommen überfüllten Lager Moria auf Lesbos durch drei Grenzen in konkretes Recht umgesetzt. Der Cash-Value der Menschenrechte. Die erste, gemauerte Grenze umschließt das Detention-Camp, in dem abgelehnte Asylbewerber und rechtswidrig zur Abschiebung freigegebene Neuankömmlinge einsitzen. Die zweite aus Stacheldraht, Wachtürmen und bewaffneten Wächtern umschließt die Geflüchtetenunterkunft mit dem Detention-Camp in der Mitte, die dritte, das Meer, die Insel, die niemand verlassen darf. Durch das Meer, das die Natur unserer Märkte schützt, wird die Grenze zum Naturrecht. Wer ankommt, wird „eingesperrt, als wäre Flucht ein Verbrechen. Orte wie Moria sollen jetzt rund um die EU entstehen. Sie sollen ‚Kontrollierte Zentren‘ heißen. Man möchte sich ein Kürzel für diesen Namen lieber nicht vorstellen.“¹⁵ Solche Lager gab es in Griechenland nach Abzug der Nazis nur noch unter der Herrschaft der Obristen. Die meisten Insassen kommen aus vormaligen europäischen Kolonialgebieten.

II

Am 6. November 2016 sind mindestens 20 Menschen auf der Flucht vor dem afrikanischen Elend im Mittelmeer ertrunken. Das ist einer der wenigen aus einer großen Vielzahl ähnlicher Fälle, die von Seenotrettern mit vielen Videos und Zeugenaussagen gut dokumentiert werden konnten. Das Seenotrettungsboot, das kurz zuvor eingetroffen war und alle hätte retten können, wurde von der lybischen Küstenwache abgedrängt, Helfer mit Kartoffeln und Gegenständen beworfen und die bereits um ihr Leben schwimmende Schiffbrüchigen von dem in hohem Tempo eintreffenden Boot unterspült und zerstreut. Wer sich auf das Boot der Küstenwache retten konnte, wurde geschlagen und ins Meer zurückgeworfen. Das Boot fuhr unter lybischer Flagge, wurde jedoch von den vereinigten europäischen Regierungen finanziert, die auch für die Ausbildung und Betreuung der Besatzung verantwortlich sind und nach geltender Völkerrechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unter Europäischer Hoheitsgewalt stehen.¹⁶ Am Ende der Aktion wurden 47 Überlebende, die sich an Bord des Wachboots gerettet und nicht gleich zurückgeschleudert wurden, in Lybischen Lager, in denen Folter und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, transportiert – ein illegaler Akt, befanden sie sich doch bereits unter europäischer Hoheit – während Seenotretter von Gliedstaaten der EU wider

13 Art. 78 AEUV.

14 Art. 67 AEUV.

15 Wiedemann 2018.

16 Buckel 2013.

Recht und Gesetz wie Kriminelle verfolgt werden. Die EU und ihr deutscher Hegemon agieren im Mittelmeer eher als kriminelle Vereinigung, die Morde billigend in Kauf nimmt, denn als Rechtsstaat, als den sie sich nicht genug anpreisen kann.¹⁷ Die Grenzen sind fest verschlossen, nur die Selbstgerechtigkeit Europas ist grenzenlos.

Allein in den letzten Monaten sind mehr als tausend Menschen im Mittelmeer ertrunken, 14.000 seit 2014 und mindestens 35.000 seit dem Jahr 2000.¹⁸ Sie sind alle vor dem giftigen Dreck, den die reichen Externalisierungsgesellschaften auf ihren Müllhalden und in ihren Küstengewässern abgeladen haben, den Diktaturen, die von ihnen unterstützt und geduldet werden und der extremen Ausbeutung ihrer Länder durch die dort verewigten Methoden der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, die dem Nordwesten einen riesigen Billiglohnsektor und gewaltige Bodenschätze sichern, geflohen.¹⁹ Alle, die es gewagt haben, zu fliehen, waren bei der Überfahrt im Mittelmeer permanent in Seenot, auf überfüllten Schiffen und Schlauchboten, von denen keins den üblichen Sicherheitsstandards entsprach. Eine hohe Zahl von Ihnen wurde Opfer unterlassener oder absichtlich behinderter Hilfeleistung, was im letzten Fall Mord ist. Zur Seenotrettung sind alle erreichbaren Schiffe aller Nationen jederzeit verpflichtet. Diese Rechtspflicht ist älter als die modernen Menschenrechte und durch sie und zahllose weitere, bindende Vereinbarungen vielfach verstärktes, bindendes Recht und wird so auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gesprochen, zumindest in den wenigen Fällen, die ans Licht der Öffentlichkeit kommen und den immer wieder erschwerten Weg zu den Gerichten finden.²⁰

III

Die *Geschichte* der Europäischen Union ist eine des *silencing*, des kommunikativen Beschweigens der kolonialen Vergangenheit. Jetzt aber kehrt das Verdrängte mit den Körpern, die sich zu hunderttausenden von Grenze zu Grenze schleppen und sich Tag um Tag zu hunderten in winzige, seeuntüchtige Boote drängen, nach Europa zurück.

Verdrängt wurde nicht nur die *koloniale Vergangenheit* des Kontinents, die bis an die Schwelle der Gegenwart reicht, verdrängt wurde auch der enge Zusammenhang der gegenwärtigen Krise mit *Klimawandel und globaler Erderwärmung*, die Zentralafrikas Bevölkerung in immer größeren Scharen aus dem verödenen Kontinent treibt. Kein Zufall, dass die Führer der Brexitkampagne zwei gleichermaßen absurde Fiktionen teilen, nämlich die, dass eine Rückkehr zum Commonwealth möglich und

17 Heller/Pezzani/Mann/Moreno-Lax/Weizman 2018.

18 IOM o.J.

19 Lessenich 2016.

20 Das Urteil der *EuGMR* 2012; zu den Menschenrechtsverletzungen in libyschen Migrationslagern und sonstigen Migrationsfällen (*Amnesty International* 2018; *Sangi* 2018; *Zielcke* 2015).

jene, dass die wissenschaftlichen Daten zum Klimawandel Fälschungen seien. Lügenpresse halt die Fresse.

Verdrängt wird, dass die Schrecken des Klimawandels, die den afrikanischen Kontinent zuerst treffen, durch das systematische *landgrabbing* global operierender Investoren und einheimischer Eliten, die nur an steigenden Grundstückspreisen, exportierbaren Nahrungsmitteln und verwertbaren Bodenschätzen interessiert sind, noch einmal verdoppelt wird.²¹

Nicht die absolute Armut, sondern die sozialen Unterschiede, die auf dem afrikanischen Kontinent ohnehin schon unerträgliche Ausmaße angenommen hatten, sind durch den aggressiven Landraub weitergewachsen. Neben den nach wie vor häufigen Hungersnöten erzeugt die schier unüberwindliche Ungleichheit Entmutigung und Hoffnungslosigkeit. Niemand glaubt mehr, an der Situation je etwas ändern zu können, weder für sich noch für seine Kinder und Kindeskinde.

Dieses Problem wird nicht gelöst sein, wenn eines Tages die Bürgerkriege beendet und die Folterknechte und Diktatoren, die den großen Aufstand der arabischen Zivilgesellschaft blutig niedergeschlagen haben, verjagt und durch funktionstüchtige Demokratien abgelöst sein werden. Die verödete und verwüstete Umwelt fragt nicht nach der Staatsform. Demokratiebewegungen sind nur dann erfolgreich, wenn sie nicht nur die Diktatoren und Folterknechte verjagen, sondern auch die sozialen Probleme lösen, ohne die der religiöse Fundamentalismus ein fast schon bedeutungsloses Sektenphänomen wäre. Was die Machteliten der EU mit den Brexitanführern, Gerhard Schröder und Tony Blair verbindet, ist die Fiktion, für die Diktatoren wäre die Demokratie, für die Gleichheit die Marktwirtschaft zuständig. Daran ist wahr nur, dass die Demokratie nicht überleben kann, wenn sie nicht nur das Ungleichheitsproblem, sondern auch das Umweltproblem *besser* löst als jede andere Verfassung der Gesellschaft, und das ist eine Frage, die nur gelingende Praxis beantworten kann.²² „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme - ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i.e. die Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.“ (Marx, 2. These über Feuerbach).

An die Stelle der Erinnerung an die koloniale Vergangenheit, die in den globalen Ungleichheitsverhältnissen, im Autoritarismus des Südens, in der Massenflucht und dem großen Sterben schwarzer Körper im Mittelmeer fortwirkt, trat eine schlecht idealistische Friedens-, Verständigungs- und Weltbeglückungsrhetorik, die Europas Vereinigung von 1957 bis heute begleitet und mit der Rückkehr des Verdrängten vollends unerträglich geworden ist.

Verdrängt wurde, dass die Einbeziehung Südeuropas in die Union schon früh unter dem Ausschluss aller sozialistischen Alternativen zum kapitalistischen Wirt-

21 von Bernstorff 2012; Prien 2014.

22 Das ist auch der Grundgedanke deliberativer Demokratie, vgl. Brunkhorst 2016.

schaftssystem durchgesetzt wurde. Ein aussichtsreicher kommunistischer Aufstand in Griechenland wurde lange vor Gründung der EU, gleich nach dem Krieg, von britischen Truppen niedergekämpft. Danach hat der Westen die Errichtung einer schwach konstitutionalisierten Monarchie mit einer orthodoxen Staatskirche ebenso massiv unterstützt wie die jahrzehntelange Alleinherrschaft der Christdemokraten in Italien. Als der Dauerkonflikt zwischen Monarchie und Parlament in Griechenland sich in den 1960er Jahren zur Legitimationskrise des politischen Systems ausweitete, haben die EG und der Westen ihre diktatorische Lösung mindestens geduldet, wenn nicht stillschweigend begrüßt und heimlich nachgeholfen. Die Obristen hingegen haben sogleich die Mitgliedschaft im Europarat mit der Begründung aufkündigt, dessen Menschenrechtskommission sei eine Verschwörung von Kommunisten und Homosexuellen gegen die hellenischen Werte.²³

Verdrängt wurde, dass die EU und ihre Gliedstaaten zusammen mit der Nato und einer militärischen Drohkulisse seitens der USA in den 1970er Jahren die damals durchaus realistische eurokommunistische Option in Italien, Portugal und Spanien blockierten. Die marktkonforme Begrenzung des demokratischen Alternativspielraums und die Unterwerfung Südeuropas unter die Herrschaft des europäischen Wettbewerbskommissars hat sich Europa viel kosten lassen. Der segensreiche Strom billigen Geldes nach Süden verebbte erst, als das Geld für die Osterweiterung benötigt wurde, um dort den Hoffnungsschimmer eines demokratischen Sozialismus im Keim zu ersticken, obwohl viele Bürger Osteuropas diese Option befürworteten – eine Option, welche die Tschechoslowaken 1968 riskiert und teuer bezahlt hatten.

Der Satz, den ein Interviewer im Krisensommer 2015 zu später Stunde Jean-Claude Junker entlockte, die Wahl einer Regierung, die so links sei wie die Griechische, sei mit den Spielregeln der Währungsunion nicht vereinbar, hat eine lange Vorgeschichte.²⁴

Verdrängt und unterdrückt wurden nicht nur die sozialistischen Alternativen des Südens, sondern auch die bis in die 1980er Jahre andauernde Kolonialgeschichte Europas.²⁵ Während die Staaten Europas ihre Neugründung dem globalen Krieg gegen das Nazi-Regime, dem verlustreichen Kampf von Partisanenverbände und verzweifelten Aufständen verdankten, konnten die von Europa immer noch kolonisierten Völker, die als Soldaten gegen die Nazis willkommen waren, sich erst in den kommenden Jahrzehnten vom Kolonialismus befreien. Simbabwe war bis 1980 britische Kolonie. Damals war das Vereinigte Königreich schon 7 Jahre EG-Mitglied.

Auch der Kongo, in dem die Kolonialherrschaft des EU-Gründungsmitglieds Belgien bis zum letzten Tag im Stil des späten Franco-Regimes brutal durchgesetzt wurde, war bis 1960 als belgische Kolonie Teil der Europäischen Wirtschaftsgemein-

23 Douzinas 2000, 144.

24 Europas stiller Staatsstreich, ARTE, 15. Juni 2015.

25 Zum Folgenden vgl. Bhambra 2009.